

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Streiks, böhere Gewalt und Vertrießung enthalten den Verlag von der Haltung für Verjährung und Entschädigung.  
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abonnementpreis: Für die Postbezogene Vierteljahrszeit 10 Mark, für die Postbezogene Halbjahrszeit 18 Mark, für die Postbezogene Jahreszeit 32 Mark. Einzelhefte 1 Mark. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Druck: Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 47

Halle (S.), 19. November 1927

3. Jahrgang

## Die Niederlage des Bürgertums

Bahil-Lehren

Alle Wahlen in Ländern und Gemeinden haben im letzten Jahre mit kleinen Ausnahmen ein ungefähr gleiches Ergebnis gehabt. Immer hat das Bürgertum, wemlich sobald man es als eine Gesamtheit auffaßt, gewisse Einbußen erlitten. Diese Erscheinung sollte eigentlich zu denken geben. Nicht in dem Sinne, daß nun unbedingt eine Einheit herbeigeführt werden muß, die nur zur Verewigung der Gegenseite in Staatsauffassung und Weltanschauung führen würde, sondern als Kritik an den politischen Arbeiten der jüngsten Vergangenheit. Man wird es als richtig empfinden, daß die Demokraten die Anforderung, sich mit den Deutschnationalen auf einer Linie zu verbinden, wie es in Bremen geschah, abgelehnt haben. In Zusammengehören ist nur dort möglich, wo man wenigstens in den Grundrissen einigermaßen zusammenstimmt. Aber auch hier hat sich gezeigt, daß auch diese Partei des freiwirtschaftlichen Bürgertums unter der verächtlichen Erbsitterung der breiten Schichten zu leiden hatte. Das liegt nicht an der Politik der Partei selbst, sondern an dem gegebenen Verhältnissen. Ihr Verantwortungsbewußtsein bildet keine Legitimation im Sinne der äußerlichen Forderungen, denn dazu ist sie immer weniger fähig, schon der nächste Tag wieder in die Verantwortung zurückdrückt. Das schadet nicht, obwohl sie es ehrt. Wenn daraufhin so reagiert wird, wie es jetzt im Reich und in vielen Ländern der Fall ist, macht die Erbsitterung nicht bei einer gemäßigten Opposition Halt, sondern rückt nach dem schärfsten Ausdruck des Unwillens. Infolgedessen stehen wir hier vor Ereignissen, die zu ungenügen vor nicht die Macht haben. Wir müssen auch die Fiktion über uns hinwegbrauchen lassen, in der die Sicherung der Ordnung, das heißt unsere Redigierens übernimmt und, was heute gegen uns wirkt, später zu unserem Vorteil ausfällt.

### Die Reichsparteien

In einer gewissenlosen Agitation haben die Deutschnationalen aus der Not und dem Gend dieser Jahre seit Entsetzen der Republik ununterbrochen ihren Vorteil gezogen. Niemand ist der Gefahr aus diesen Blättern, daß es sich um die Abwanderung der kaiserlichen Erbsitterer handelt und daß der neue Staat, belastet durch einen Frieledvertrag, den er als Erbsitterer übernehmen mußte, aus seinen verlorenen Kriegen und aus dem Haber im Innern, der von rechts und links mit beispielloser Geschäftigkeit gefordert wurde, erst den Neuaufbau ins Werk zu setzen hätte. Es war so kinderleicht, die Republik zu schmähden und dem Spießbürger einzureihen, daß sie an allem Unheil schuld sei. Die Deutschnationalen, die früher so gern die innere Gemeinschaft mit den einst herrschenden Konventionen abtritten, obwohl sie sie heimlich unterhielten, schoben alles auf die Unfähigkeit der Parteien, die im November 1918 tapfer in die Bresche getreten waren und das Reich vor dem Untergang bewahrt hatten. Deshalb war es gut, daß sie einmal selbst zur Regierung berufen wurden. Sie konnten zeigen, was sie zu leisten imstande waren. Nichts, lautet die Antwort. Noch weniger als nichts. Snapp ein Jahr reichte aus, um neue Sünden zu schaffen. Nur zwei Gesetze wurden wirklich verabschiedet. Der Finanzausgleich, der in sich bereits wieder drückend ist, und das Republik-Schuldenge, auf dessen Verlängerung Graf Westphal vermutlich nicht sonderlich stolz sein wird, richtet es sich doch gegen seine eigene Partei. Sonst aber ist alles liegen geblieben und die drei großen Aufgaben haben noch der Lösung, ohne daß jemand sagen kann, wann sie erfolgen wird. Das haben auch die Wähler gespürt. Und so folgte eine Kette von Niederlagen. In Thüringen, in beiden Mecklenburgen und jetzt in Bremen und Hessen. In diesen letzteren Freistaat ist der Stimmenrückgang allgemein, aber die Deutschnationalen haben den größten zu verzeichnen. Das ist ein Memento.

### Die deutsche Volkspartei

In den Kreisen der deutschen Volkspartei hat man noch vor wenigen Wochen angenommen, daß man selbst von dem Rück nach links verschont bleiben würde. Gelegentlich hörte man sogar Äußerungen, die von Mandatsgewinnern sprachen. Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Auch

hier ist ein Abdrücken zu verzeichnen. Man hat weder von den Deutschnationalen, noch von den Demokraten an Stimmen gewonnen. Sollte es trotzdem irgendwo gelungen sein, so hat man eben weit mehr abgeben müssen. Entweder an die Sozialdemokraten, oder an die Splitterparteien, oder, was im Sinne der allgemeinen Politik noch weit bedenklicher ist, an das Riesengehirn der Reichstagsführer. An der Außenpolitik liegt es nicht. Sie hat Stresemann so geführt, wie es unter den Umständen überhaupt möglich war. Man darf ihm beiseigehen, daß er das Erbe Walter Rathenaus gut verwaltet hat. Also müssen andere Gründe dafür maßgebend gewesen sein, und sie können nur in der inneren Politik gesucht werden. Auch nicht in der Wirtschaftspolitik, die sich im allgemeinen auf sehr verständiger Linie hielt. Stresemann und Curtius haben sich mit dankenswerter Entschlossenheit für die Anschauungen der Weltwirtschaftslehre, also für den Abbau der Zölle eingesetzt und dem fähigen Verlangen der Syndikate nach Preiserhöhung, so noch zuletzt bei der Kohle, entgegengestellt. Nur die innere Politik kann die Wähler entfremdet haben. Und das ist auch in der Tat der Fall. Man hat vom Liberalismus sehr viel gesprochen, aber ihn nicht mit Kennern zu zeigen gewußt, als die Stunde der Entscheidung schlug. Die Haltung beim Schulgesetz ist bedenklich gewesen, auch wenn wir noch die Hoffnung haben, und gute Gründe veranlassen uns dazu, daß in Braunschweig am 21. ein scharfer Ton gegen den Reichswahlgesetz angeklungen wird. Was die Partei belastet, ist ihre Unentschlossenheit. Sie mußte es wagen, die Koalition zu sprengen, um die Auslieferung der deutschen Jugend an die kirchliche und politische Reaktion zu verhindern. Dazu war die enge Fühlungnahme mit den Demokraten selbstverständlich, die sie unterließen. Dr. Stresemann hat nicht die Entschlossenheit gehabt, das als richtig Erkannte auch in die Wirklichkeit zu übertragen. Halbheiten rächen sich immer.

### Die Kommunisten

Solange die Kabinette der Mitte regierten, waren die Kommunisten in rückwärtiger Bewegung begriffen. Die Vorgänge in Rußland mußten die Reichstagen in ihren Reihen abtöten und haben es auch getan. Sobald aber Herr Marx an die Spitze einer Regierung mit den Deutschnationalen trat, haben die Sowjetgeheimten ihren Zielposten sofort überschritten. Selbst die Sozialdemokraten haben sich nicht überall als Damm gegen sie erwiesen. Darin liegt kein Vorwurf. Eine solche Regiererei, wie wir sie jetzt erleben, rückt immer den Realismus. Jede gemäßigte Agitation wird von der schärferen überrannt. So ergeht es den Demokraten, den Sozialdemokraten gegenüber, so den Sozialdemokraten im Wettbewerb mit den Kommunisten. Selbstverständlich weicht die Reichspresse auf diese Erscheinung hin, um sie in ihrem Sinne zu nutzen. Nun ist es Pflicht des Bürgertums, sich gegen die rote Gefahr zusammenzuschließen. In Wirklichkeit würde das einen glatten Sieg der äußersten Linken bei den nächsten Wahlen zur Folge haben. Der Deutschen und vor diesen Gefahren retten will, kann nur tapfer seinen Mitteln stehen. In eine Hand, die sich uns etwa entgegenzusetzen möchte, einzuschlagen. Wir brauchen eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit der republikanischen, also der in Wahrheit parteierhaltenden Parteien. Dann, aber auch nur dann, wird die Komplexierung Deutschlands wieder einsehen und erfolgreich fort-schreiten.

### Die Splitterparteien

Man hat in Weimar geglaubt, durch die Bestimmung, daß eine Partei nur soviel Mandate auf der Reichsstufe bekommen kann, als sie in Einzelwahlkreisen erobert hat, gegen die Gefahr der Zerstückelung geschützt zu sein. Diese Rechnung hat sich als falsch erwiesen. Die kleinen Sondergruppen haben sich überall durchgesetzt und es wirkt gerade so, als ob sich für sich entzündend sind. Alle möglichen Berufsweige haben sich zusammengeschlossen und Mandate ertröbt. Am tollsten ist das in Danzig getrieben worden. In einer ostpreussischen Stadt haben sich für die kommenden Kommunalwahlen sogar die Wäter hunderreicher Familien zusammengesetzt. Bekannt ist unser Unsin. So geht es auf keinen Fall. Auch der Zusammenschluß der Mitte würde das Uebel zwar mildern, aber nicht beseitigen. Das Wahl-

gesetz muß eben geändert werden. Zunächst ist es unbedingt notwendig, die für ein Mandat erforderlichen Stimmen von 60 000 auf 80 000 heranzusetzen. Der Reichstag muß seinen 492 Mitgliedern ist an sich viel zu groß. Es würde gar nichts schaden, wenn die Zahl der Volksvertreter un-selbstig oder selbstig geringer würde. Sodann muß man auf den Entwurf von Ritz zurückgehen, der die Wahlkreise verkleinerte. Nur dann werden die Sondergruppen ihren Weg zu den Parteien zurückfinden. Ihr ganzes Auftreten ist im übrigen verfassungswidrig, denn sie sollen ja nicht Vertreter einzelner Berufsständchen oder Klassen, sondern des ganzen deutschen Volkes sein. Leider aber behielten wenig Ausnahmen, daß dieser Reichstag oder der nächste seine Pflichten erkennt. Niemand sagt gegen den Ritz ab, auf dem man sitzt. Deshalb muß die Deutschnationalen immer lauter und deutlicher die Forderung, die Wahlreform herbeizuführen.

### Aufzählung

Man hat in den letzten Kreisen den Wunsch geäußert, die Reichstagswahlen wenigstens solange hinauszuschieben, bis im Mai die französischen Kammerwahlen stattgefunden haben. Eine gewisse Berechtigung hat das schon, da es fahrplanmäßig der Bloc national alle Dummheiten der Deutschnationalen Agitation für sich ausniht. Wenn aber die deutschen Wahlen, wie wir mit Sicherheit annehmen, einen erheblichen Rück nach links zur Folge haben und damit die Politik der Reichstagsführung kräftig unterstützen, so wird diese unheilvolle Wirkung mehr als aufgehoben. Die innere Politik erfordert jedenfalls, daß der Reichstag sobald als möglich verschwindet. Er spiegelt heute die allgemeine Stimmung nicht mehr wider. Ueberträgt man die Wahlen in Bremen, Hamburg, Hessen, Thüringen usw. auf das Reich, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die jetzige Mehrheit in eine Minderheit verwandelt wird. Es ist dabei noch nicht klar, welche eine Regierungsbildung möglich sein wird. Die Weimarer Koalition faunt, obwohl sie gefakt zurückzuführen wird. Aber sie hängt dann von dem Wohlwollen der Kommunisten ab, was sich in Preußen nicht gerade bewährt hat. Auch werden sich die Splitterparteien Sorge bereiten. Wahrscheinlich wird die Große Koalition das Ergebnis sein. Auch in den Kreisen der deutschen Volkspartei ist man schon dieser Ansicht, zumal das Zentrum ganz offensichtlich auf die gleiche Kombination hinarbeitet. Damit aber wäre eine sehr Grund-lage geschaffen, die ein erfolgreiches Arbeiten am Vaterland gestattet und den Vorteil hätte, bauen zu können, auch wenn einzelne Parteiführer ihre Neigung zu Quer-treibern kaum überwinden werden. Dann muß man ihnen eben auf die Finger klopfen. Namentlich wird dann Dr. Stresemann diese Aufgabe zufallen.

### Der Wiener Besuch

Mit schlecht verhehltem Unwillen verfolgt die italienische und ein Teil der französischen Presse den Besuch, den Kautler und Außenminister der Dampfabend des uns befreundeten und stammesverwandten Österreich abhalten. Ihre Erregung begreifen wir nicht ganz, denn die Reden, die dort gewechselt wurden, sind auf einen sehr vor-sichtigen Ton getrimmt. Das Wort Anschlag ist bisher überhaupt nicht gefallen. Und das ist gut so, denn es wäre angesichts der jetzigen Machtverhältnisse nur eine zweifelhafte Demonstration. Sie ist auch überflüssig. Die Tatsache, daß beide Regierungen in derselben Mutterprache zueinander sprechen, besagt mehr, als jede Erklärung. Die Entwidlung läßt sich nicht aufhalten, darüber sollte man sich in Paris und Rom allmählich klar geworden sein. Gemeinliche Kultur, gemeinsame Sprache, bedeuten mehr als alle Bestimmungen närrischer Friedensverträge.

### Dem Einheitsstaat entgegen

Man mag sich südlich der Donau noch so sehr gegen gegen die Erkenntnis sträuben, daß wir auf dem Wege zum einen Reich sind. Der Zwang dazu ist größer als die Sonderinteressen, die sich regen. Herr Dr. Köhler hat sehr vorichtig gesprochen, aber die Entwidlung nicht ge-leugnet. Selbst Herr von Freitag-Lorringhoven ahnt, daß wir uns auf diesem Wege befinden und mißbilligt das nicht einmal. Am deutlichsten wurde der preussische Minister-präsident. Noch sauder das Zentrum, aber schon mehr denn sich in seinen eigenen Reihen die Stimmen. Es kommt der Tag. Richard May.

# Die Werbearbeit

für die Deutsche Demokratische Partei muß jetzt wieder aufgenommen werden. — Jeder Demokrat ist zur Mitarbeit verpflichtet.



# Die Handelsbilanz im Konjunkturbild.

Von Dr. Hans Reiff-Berlin.

Die Notwendigkeit, die seit einigen Wochen weite Kreise der deutschen Wirtschaft ergriffen hat, ist durch die dürftigen Erklärungen, mit denen das Reichsfinanzministerium sich selbst und die Öffentlichkeit über den Ernst der vom Reparationsagenten aufgeworfenen Probleme leicht hinwegzuführen versucht hat, eher noch gesteigert worden; nichtsdestoweniger ist die Bedeutung der seit dem Krieges anfangs und man sollte deshalb alles vermeiden, was an „Kriegsberichterstattung“ erinnert. Es kann nur möglich sein, wenn mit größter Objektivität über die Lage berichtet wird, um sich ein Urteil über Gegenwarts- und Zukunftsaussichten zu machen. Die Dinge liegen tatsächlich so, daß eine Reihe günstiger Konjunkturphänomene vorhanden sind, denen gegenüber es drei Möglichkeiten, Stellung zu nehmen, gibt. Die einen — und dazu zählt das Reichsfinanzministerium selbst auch zu gehören — geben sich mit der gegenwärtigen Konjunktur, wie sie sich in einem Anwachen der Produktion ausdrückt, zufrieden. Die anderen weisen darauf hin, daß infolge der Preissteigerung in Deutschland die genannte Konjunktur ganz auf den Inlandmarkt beschränkt, daher ungenügend fundiert und infolgedessen geeignet ist, unzureichende Hoffnungen zu erwecken, als sie über die Lage der für unsere Wirtschaft letztlich entscheidenden Außenhandelsstellung hinwegtäuscht. Eine dritte Ansicht erkennt, die Aufgabe des inneren Konjunkturaufschwungs als willkommene Umherelung und fordert eine Wirtschaftspolitik, die sich das Ziel setzt, durch planmäßige Förderung des Exports die gegenwärtig ungenügende Fundierung der deutschen Konjunktur nachzubohlen. Sie begründet diese Forderung damit, daß die jetzige Konjunktur durch die Vereinnahmung von Auslandskrediten angeregt worden ist und daß diese Stimulierung nur dann für die deutsche Gesamtwirtschaft gesund sein kann, wenn sie zu einer Erweiterung der Ausfuhrmöglichkeiten beiträgt, die ausgenutzt werden müssen, um Zinsen und Amortisationsquoten dieser Kredite später zu transferieren zu können.

Gegenwärtig erlaubt die Handelsbilanz noch nicht, eine Entwidlung in der Richtung auf das oben genannte Ziel zu erwarten; obwohl zugegeben werden muß, daß die Septemberumsätze in dieser Beziehung günstiger sind als die Gesamtbilanz der ersten neun Monate dieses Jahres. Diese sind ganz gewiß unfreundlich, wenn sie gegen per Ende eines Geschäftsjahres nicht ziemlich genau drei Milliarden RM. betragen, bis zu Ende des Jahres verlagert auf vier Milliarden anzuwachsen müßte. Wir haben bisher eine Einfuhr von 14,4 Milliarden und eine Ausfuhr von nur 7,4 Milliarden. Entsprechend fällt auch ins Gewicht, daß die Tendenz, eine langsame Steigerung der Ausfuhr durch eine schnellere Steigerung der Einfuhr zu überholen, nach wie vor bestehen geblieben ist. Und darauf kommt es schließlich per Saldo gesehen an, weil der Saldo sich nicht ändert, auch wenn die Gliederung in den einzelnen Gruppen von Einfuhr und Ausfuhr eine etwas freundlichere Gestaltung zeigt. Wenn z. B. bei der Lebensmittelzufuhr der Schwerpunkt von den Vorratsprodukten und dem Fleisch zum Vieh und zu den Futtermitteln sich verlagert, so ist das in einem gewissen Sinne günstig als ein Zeichen dafür, daß eine gewisse Preisarbeitsarbeit jetzt bei uns selbst geleistet wird, die früher draußem vorgenommen wurde. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auf dem Gebiete der industriellen Produktion. Auch da kann man den Eindruck haben, daß die Veredelung der Rohstoffe und damit auch ein höheres Maß an Gewinn zu uns hereingezogen wird. Unter dem Gesichtspunkt der Passivität der Gesamtbilanz aber spielen diese Umstellungen keine Rolle, und noch weniger fallen sie ins Gewicht, wenn man daran denkt, daß wir jetzt von einer georgten Konjunktur leben und später zurückfallen müssen. Unter diesem Gesichtspunkt ist es ziemlich gleichgültig, ob wir das, was wir auf der Grundlage der Auslandskredite mehr konsumieren, gleich fertig zum Ausland kaufen oder selbst es auf Grund bezogener Rohstoffe und Halbzeugimporte jetzt für unseren eigenen Konsum zurecht machen. Es hat deshalb auch nicht viel Zweck, immer wieder in der Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß die Passivität unserer Handelsbilanz eine Folge der Auslandskredite sei. Das hat nämlich von denen, die sich Sorge um diese Passivität machen, noch niemand bestritten. Das Entscheidende bleibt der Verwendungszweck dieser Auslandskredite. In dem Streit um die Frage der Produktivität dieser Anlagen ist es nützlich, sich daran zu

erinnern, daß, um ein Beispiel zu nennen, die deutschen Eisenbahnen im vorigen Jahrhundert zum großen Teil mit englischem Kapital errichtet worden sind; wobei man allerdings nicht vergessen darf, daß die Engländer nicht nur das Geld, sondern auch Schienen und vor allem Dingen auch Lokomotiven und anderes Material lieferten, daß sie uns also die ganze Eisenbahn zur geistigen Benutzung boten und uns gestatteten, durch ihre Einstellung in den Produktionsprozeß unsere Wirtschaft zu verbessern. Es ist vielleicht nun auch gleichgültig, ob man uns eine Eisenbahn borgt oder ob man uns die Unterhaltsmittel für die Arbeitskräfte borgt, die bei uns im Lande eine Eisenbahn herstellen. Das Entscheidende bleibt, daß dieses Kapital nicht zu einer Erweiterung der Produktion und des Inlandskonsums, sondern zu einer Erweiterung der Fundamente der Produktion herangezogen wird. Und auch hierbei spielt die Frage eine sehr große Rolle, in welcher Beziehung der betreffende Teil der Produktionsgrundlage zum Export steht. Der ideale Fall des Auslandskredits bleibt nach wie vor der, bei dem man ausländische Rohstoffe borgt, um sie als veredelte Erzeugnisse wieder im Ausland abzusetzen, so daß Arbeitslohn und Unternehmerrisiko bei uns bleiben. Nun kann man sich diesen Veredelungsprozeß selbstverständlich immer weiter gespannt denken. Aber irgendwie müssen alle Verwendungsstufen von Auslandsgeldern dieses Zweckes ahneln, wenn sie gesund sein sollen. Da das aber doch offenbar nicht der Fall ist und von vielen Anlagen auch offen zugegeben wird, bildet tatsächlich die Handelsbilanz ein Moment der Beschränkung und zwar nicht, obwohl sich ihre Passivität aus den Auslandskrediten erklärt, sondern gerade weil sie sich daraus erklärt. Eine Beschränkung wird erst dann eintreten können, wenn die deutsche Wirtschaftspolitik sich dem Ziel zuneigt, Auslandsgelder so anzulegen, daß ihre Rückzahlung ohne Schaden für die deutsche Gesamtwirtschaft auf der Grundlage eines breiteren Exports ermöglicht wird.

# Das bergewaltigte Recht der Liquidationsgeschädigten.

Von Dr. Otto Hunzinger (Berlin).

Seit Jahren warten nun schon die Liquidationsgeschädigten darauf, daß man ihnen ihr Recht gibt. Immer wieder sind sie vertrieben worden, immer wieder sagte man ihnen: Wartet noch eine kleine Zeit, dann wird Euch Euer Recht werden. Es ist jetzt allerhöchste Zeit, daß diese Ehrenschuld durch das Deutsche Reich eingelöst wird, wenn nicht das Vertrauen zum Recht und zum Staat eine ganz schwere Enttäuschung erfahren soll. Es ist allerhöchste Zeit, wenn nicht die wertvollen wirtschaftlichen Kräfte, die in großer Zahl unter den Liquidationsgeschädigten vorhanden sind und die für den energiegelassen Wiederaufbau der deutschen Exportwirtschaft unerlässlich sind, gänzlich vernichtet werden sollen.

Trotzdem das eigentlich Wahrscheinliche ist, die für jeden verantwortlichen Politiker Selbstverständlichkeiten sein müßten, haben die Reichsregierung und die Rechtsparteien, auf die sie sich stützt, jetzt wieder alles getan, um eine endgültige, wirklich angemessene Entschädigung zu verhindern. Es lang wie ein Hohn auf die 400.000 Geschädigten, als nach tagelanger Beratung im Reichstag über das völlig unzulängliche neue Schulgesetz, das eine neue zusätzliche Belastung des deutschen Volkes mit vielen hundert Millionen mit sich bringen soll, die gesamten Rechtsparteien die sofortige Besprechung der Liquidationsgeschädigten, wie sie die Interpellation der Demokratischen Partei verlangte, durch Fernbleiben von der Abstimmung verhinderten. Das deutsche Volk wird es nicht verstehen, daß die Rechtsparteien eine Mehrbelastung der Staatskasse des Reichs, der Länder und Gemeinden von mehreren hundert Millionen für eine in ihrer Wirkung sehr unstrittene Neuordnung unseres Schulwesens wichtiger ist, als die Einlösung der Ehrenschuld an die Liquidationsgeschädigten. Das deutsche Volk wird es nicht verstehen, daß man gerade in diesem Augenblick vorgibt, seine Mittel zu haben, die zum Zwecke der Liquidationsgeschädigten in den ordentlichen Haushalt des Reiches eingestellt werden können. Den Liquidationsgeschädigten aber werden endlich die Augen darüber aufgehen, daß es den Rechtsparteien bei

den vielen Versprechungen, die sie ihnen gemacht und nicht erfüllt Ernst war, umso mehr, als der größte der bisherigen Geschädigten bisher zu den Parteien gehörte.

Die gegenwärtige Reichsregierung und die Rechtsparteien haben aber darüber hinaus vor dem ganzen deutschen Volk durch ihre Ablehnung einer sofortigen Bepfe der demokratischen Interpellation den Beweis erbracht, daß es ihnen um die Herstellung der Rechtsicherheit, die Erhaltung eines lebendigen Staatsgefühls im deutschen Volk nicht ernst ist. Sie haben aber auch der deutschen Wirtschaft erneut gezeigt, daß die vielerlei Besprechungen einer energiegelassen Exportförderung, wie wir sie aus Munde der Minister Curtius und Stresemann immer der gehört haben, nur leere Worte waren, daß sie belügen, wo es gilt, durch eine angemessene Entschädigung der Liquidationsgeschädigten den deutschen Außenhandelsbeziehungen eine wesentliche Kräftigung zuzuführen lassen.

Inzwischen geht der völlig unzulängliche Versuch Entwurf der Reichsregierung gemächlich den Weg der Stagnation. Nach langer Beratung hat jetzt endlich der Reichswirtschaftsrat zu ihm sein Votum gegeben. Wir w uns hier über die Einzelheiten dieses Votums nicht äußern. Wichtig erscheint uns nur das Eine. Die Stellungnahme des Reichswirtschaftsrats zum Kriegsschuldengesetz ist geeignet, die gerechte Entschädigung weiter zu tagen. Denn der Reichswirtschaftsrat gibt auf die wichtige Frage des ganzen Entschädigungsproblems, Frage, wie die Mittel aufgebracht werden sollen, Antwort. Er, der doch in erster Linie seine Rechtspflicht darin findet, daß er als Gremium von Sachverständigen reinen Vorkriterien da unterstehen soll, wo ihnen der Überblick über die wirtschaftlichen Dinge fehlt, er man müsse in der Frage der Aufbringung der Mittel die Liquidationsgeschädigten erst Sachverständigen fragen. Ein Studienausfluß, bestehend aus Vertretern der Banken, der Reichsbahn, der an der Entschädigung interessierten Unternehmungen und des Reichswirtschaftsrats soll eingehend werden, der diese Frage nun erst mal studieren soll. Glaube man wirklich, daß ein so Ausschuss, in dem so verschiedene Interessen und langweilige Beziehungen sind, so schnell zu einer Entschädigung? Bezeichnend ist auch, daß bei der Zusammenkunft des Reichswirtschaftsrats die Rede ist, so daß es noch mehr als zweifelhaft ist, ob das, was nach Lage Dinge bei der ganzen Sache als Kompromiß herauskommt, nachher wirklich eine positive Handhabe für die Erbringung der Mittel bietet.

Auf die Verschleppung der Entschädigung durch die Rechtsparteien im Reichstag folgt also die große Gefahr einer neuen Verschleppung durch die Vorherrschaft des Reichswirtschaftsrats, wenn die Reichsregierung sich Vorherrschaft zu eigen macht. Die Bergewaltigung des Rechts, wie sie von der Reichsregierung mit der Herausgabe der Ehrenschuld, der einer glatten Konsolidation des Vermögens der Geschädigten gleichkommt, begonnen worden und den Rechtsparteien fortgesetzt worden ist, findet auch in den Reichswirtschaftsrat nicht ihre Korrektur.

Die gesamte deutsche Wirtschaft, auch soweit sie direkt zu dem Kreis der Betroffenen gehört, hat ein dringendes Interesse daran, daß die Liquidationsgeschädigten nun nicht mehr länger vertrieben werden. Denn Sidel des Rechts und lebendiges Staatsgefühl sind unerlässliche Grundlagen für jede Wirtschaft. Die gesamte Wirtschaft protestiert deshalb zusammen mit den Liquidationsgeschädigten aufs schärfste gegen diese Bergewaltigung des Rechts, wie wir sie in den letzten Wochen in der schädigungsfrage erlebt haben. Sie fordern von der Regierung und den Parteien, auf die sie sich stützt, daß sie endlich ihrer großen Verantwortung bewußt werden. Sie mahnt sie im Interesse der Rechtsicherheit und Festigung des Staates, ihr großes Unrecht der letzten Wochen in letzter Stunde wieder gutzumachen und den Liquidationsgeschädigten unverzüglich eine wirklich angemessene Entschädigung zu gewähren, auf die sie ein Recht haben.

# Der Roman des Generals.

Der Generalmajor a. D. Paul v. Schönaich, Soldat der alten Armee, von seinen früheren Kameraden wegen der Propagierung passivistischer und republikanischer Ideen leidenschaftlich bekämpft, jetzt Bauer im holländischen, hat im Fabelreiterverlag einen Roman erscheinen lassen. Man braucht über diesen Ausfluß eines charaktervollen Politikers in poetische Gedichte kein Wort zu verlieren, wenn es sich auch bei diesem Roman nur um die Erfüllung eines alten Bildungswunsches des humanistisch erzogenen Deutschen, jeder müsse seine Gedanken in einer Form von sich geben können, die mehr oder minder mit Poesie zu tun hat, handelt. (Wie so etwas bei Politikern auszuwählen pflegt, wissen wir von den Ritterorden, Vasallen und Helfern etc.) Bei dem Roman „Die Peitsche des August Schindler“ von Paul v. Schönaich handelt es sich aber um mehr. Nicht etwa, daß er bitterliche oder sonstige Aussagen hat, die ihn aus der Reihe der üblichen Politikerschichten hebt. Im Gegenteil, es ist eine naive und anspruchslos geschriebene Geschichte. Aber der Roman des Generals ist ein Aufbruch gegen alle die, so in Deutschland überhaupt Romane schreiben, was man gegen diejenigen sagen, die bezweifelhaft auf den Kothurnen nenden.

Sie haben in Deutschland keinen sozialen Roman, was da von den paar Frauen (Rara Victis) geschrieben wurde und unter dem Rubrum „sozialer Roman“ verlegt wurde, ist nichts als kümmerlicher Ersatz. Alles, was wir in Deutschland an sozialer Literatur konsumieren, beziehen wir aus dem Ausland. Siehe die Mundstücken von Jola, Alexander Stern, B. Franzen, Upton Sinclair und Jerome K. Jerome. Dabei sind manche Romane, die aus dieser Autorenliste stammen, schon

antiquiert und haben nur noch ihren künstlerischen und menschlichen Wert. Die anderen schildern die sozialen Verhältnisse der anderen Länder. Gemäß gibt es den kleinen Leuten und den Armen überall gleich schlecht. Aber es gibt da bestimmte nationale Schattierungen. Heinrich Heine hat einmal gesagt, die deutschen Handwerksburgen sind die Erben der klassischen Bibliophilie. Allein dieses Wort öffnet den Blick für die Besonderheit des sozialen Kampfes in Deutschland. Und wir allein, wir Deutschen, haben keinen Erzähler, denn nötiger als die Dramatiker brauchen wir die Erzähler (der Roman ist die Kunstform der Demokratie), wir haben keinen Erzähler, der uns den Roman unserer Lage schreibt.

Der Roman von Paul Schönaich nun ist einer dieser sozialen Romane, die uns so bitter fesseln. Seine Handlung tritt mitten in unserm Leben. Ein Arbeiter, der durch einen Glücksfall zu viel Geld kommt und, um Amerika zurückzufinden, verläßt, daß er Aufstieg der deutschen Wirtschaft nur möglich ist, wenn sich die Unternehmer dazu verstehen werden, die Betriebsdemokratie, die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten an der Verfassung und der Produktionsaufteilung einzuführen und im Rahmen der deutschen Verfassung zu bestehen, daß weit genug geklungen ist, durchzuführen. Der Werk wird ebenso in die Bestimmungen der Arbeiterverfassung, die in die Direktionsbereich der großen Werke und in die Gehaltsbestimmungen der Metallindustriellen einglückt. Mithings wird ein Mann von den Mund genommen. Die Finanziers der schwarzen Reichswehr und der vaterländischen Verbände legen ihre Meinung und kriegen sie schonungslos wieder gesagt. Wie eine Reihe panischer Zeitungsartikel tief sich dieses christliche Volk, dessen Verfasser freilich kein feinsinniger Schönredner, sondern

ein Bauernmann ist, der auf seinen Füßen im Ader der Welt und mit harter Hand dies niederzuehrt, was seine Kl Augen sehen.

Die anderen, die berufsmäßigen Geber, mögen das Land, das ihnen Paul Schönaich zeigte, mit allen Künften fähiger Kulturburgen weiterarbeiten.

\*) Paul von Schönaich, Die Peitsche des August Schindler, Fabelreiterverlag, Hamburg-Bergedorf, Preis kart. 2,50, Gebunden 4,00.

# Bismarcks wahre Meinung über Wilhelm

Bisher unbekanntes Zeugnis Bismarcks über den Kaiser. Gelangen jetzt zur Veröffentlichung, und zwar nach Zeichnungen von Bismarcks Anwalt, Justizrat Friedrich Philipp, die aus dessen Nachlass herausgegeben und als unter dem Titel Bismarck, „Vertrauliche Gespräche“ im Verlag Carl Neuberger, Dresden, erscheinen werden. Hier sehen daß Bismarck vielleicht das schärfste Urteil über den Kaiser fällt hat, das je gesprochen wurde. Er äußerte sich gegen seinen Anwalt mit einer Rücksichtslosigkeit, wie er es sich nicht nur gewagt hätte. U. a. sagte Bismarck, er in der Schule der Kaiser nicht geliebt, er habe weder Verstand noch sei ein Gemüth von Großmännlichkeit und Begegnis, so sei er seine. Erschütternd wirkt es, wenn Bismarck berichtet, er der Erbspreng, wegen Wilhelm's Charakter aus P hrens Staatsangefordrigkeit anstreben wollte, oder wie der Kaiser nicht den Tod seines Vaters erwarten konnte. Cole fahrung und Rücksichtnahme seien ihm fremd, und so schärfte er Bismarck, der schon daran dachte, seine **Handrechte** gegen den Kaiser mit der Pistole zu wahren.



## Die Ausgestoßenen.

Stalins Sieg über Trotski und Snowjew.

Der Kampf, den die Mehrheit der kommunistischen Parteimitglieder in Russland gegen die Minderheit der Opposition geführt hat, war deshalb so früh und langwierig, weil man offenbar trotz des entgegengesetzten Willens, die Opposition zu überwinden, bis fast zuletzt die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, daß es gelingen könnte, sie umzumen und die starken Kräfte, vor allem die langjähigen Veteranen, die die Opposition verkörpern, der Partei zu erretten. Erst die Erkenntnis, daß das nicht möglich sein werde, Erkenntnis, daß die Führer der Opposition mit aller Energie und ohne Rücksicht auf Opfer und Gefahren entschlossen seien, ihren Standpunkt zu wahren und den Kampf um die Mehrheit fortzuführen, hat Stalin freie Hand gegeben, und in den Moskauer Feiertagen ist der Geheimfluß zustand gekommen, der jetzt nachträglich bekannt ist, und der Trotski und Snowjew direkt aus der Partei ausschloß, während er ein weiteres Duzend hervorragender Führer der Opposition zunächst ihrer Klemme entließ, um ein weiteres Schicksal in den Tagen des nächsten Parteitagess festzusetzen. Bei dieser Zusammenkunft ist es heute noch ungewiß, daß auch diese Männer aus der Partei ausgeschlossen werden. Es handelt sich dabei um einen nicht hohen Rang, wie Katsowski, Kibel und den zeitigen Bolschewik in Rom, Kamenow. Die Tatsache, daß diese Männer, die zum Teil zu den Veteranen der Partei gehören, so unerwartlich in ihrer Feindschaft gegen die neue Form der Organisation und Parteileitung angegriffen haben, ist trotz der schließlichen Niederlage nicht von geringem Interesse. Wenn auch die Anhänger dieser letzteren Gegner des Erstarrens in einem bürokratischen, intransigenten immer nur eine Minderheit geblieben sind, hat doch der persönliche Einfluß der Führer und die Zahl der Anhänger und Mitläufer der Parteileitung mancherorts in ungewöhnliche abgegrenzt. Gerade die Erkenntnis, daß diese Zugeständnisse auf der einen Seite notwendig sind, solange man die Opposition gewähren ließ, auf der anderen Seite aber die Führung der Regierungsgeschäfte immer mehr erschwerten, ist es schließlich gewesen, die Stalin zu dem letzten Schritt genötigt hat. Angesichts der Art und Weise, durch einen reinen Gewaltakt die Opposition unterdrückt gemacht worden ist, wird man nicht annehmen dürfen, daß damit eine endgültige Entscheidung gefallen ist.

## Der Industrie- und Handelstag zum Schulgesetz.

Im Organ des Deutschen Industrie- und Handelstages ist eine beachtenswerte Stellungnahme zum Reichsschulgesetz veröffentlicht. Die „Deutsche Wirtschafts-Zeitung“ schreibt, daß das Reich zwar einen Preisbillet für die Errichtung neuer Schulen und Schulbetriebe und damit einen Preisbillet zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft gibt, ohne den Umfang dieser Beihilfe zu kennen und zu begrenzen. Kann im letzten Zeitpunkt über die Kosten der Vermehrung eine Auskunft nicht gegeben werden, so gibt es keine und, den Gegenstand endlich zu verabschieden und seine Ausführung unabhängig davon, was sie an Nachteilen verursacht wird, zur Reichsliste zu machen, sondern es muß das Inkrafttreten von dem Ergebnis einer erneuten Prüfung der Kostenfrage abhängig gemacht werden, die vorzunehmen ist, sobald genügende Unterlagen für die Schätzung der Kosten vorhanden sind. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Volkswirtschaft das größte Interesse daran hat, daß die Errichtungs- und Bildungsgelder des Reichsbeschlusses rechtzeitig und vollständig werden. Die wesentlichen wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft können nur auf der Grundlage einer hochentwickelten allgemeinen Volksschulbildung gelöst werden. Dies erfordert, daß bei der Konzeption des Schulgesetzes das Schullehrer hinsichtlich der Sicherung der Schulen in Einzelklassen und ihrer Ausgestaltung im allgemeinen auf dem gegenwärtigen Stande seiner Erziehungsaufgaben und Leistungsfähigkeit bleibt und nicht jenseits des Bestimmungssphären der Eltern also keine Schulkörper der verschiedenen Arten errichtet werden müssen.

## 135 000 Berufsoldaten in Frankreich.

Ein Vergleich mit der Reichswehr.

Das französische Heer wird auf Grund seiner Neuorganisation in Zukunft allein an Berufsoldaten 135 000 Köpfe umfassen. Davon sind 29 000 Offiziere. Bei ihnen ist — im Vergleich zur Wehrmacht — nur eine geringe Verminderung von  $\frac{1}{2}$  vorgenommen, die aber in einem schrecklichen Mangelverhältnis zu der in gleicher Zeit um  $\frac{1}{2}$  verminderten Dienstzeit liegt. Die Zahl der Offiziere ist also beinahe hoch geblieben. Der Rest sind 106 000 Kapitulanten. Da ihre augenblickliche Zahl etwa 70 000 beträgt, wird eine Vermehrung um 50 Prozent vorgenommen.

Ganz unberücksichtigt gelassen sind bei der Aufzählung der französischen Berufsoldaten noch die — im Gegensatz zu Deutschland — dem Kriegsinstitut unterstellt und militärisch verwendeten Gendarmen. Ihre Zahl soll ebenfalls in der nächsten Zeit von 30 000 auf 45 000 gebracht werden. Von diesen neu aufzustellenden Gendarmen ist ausdrücklich gesagt, daß sie in erster Linie der aktiven Armee einen Teil der Last auf ihr ruhenden Arbeit, wie z. B. Wachen, militärische Jugendausbildung usw., abnehmen und zu diesem Zweck besonders ausgerüstet und bemannet sein sollen.

Es ist ohne weiteres ersichtlich, und auch verschiedentlich ausgeführt, daß bei der Festlegung der Zahl von 135 000 Berufsoldaten in Frankreich der Vergleich mit unserer Reichswehr eine Rolle gespielt hat. Da dieses nur 40 000 Offiziere und 96 000 Berufsoldaten umfaßt, springt die französische Wehrmacht allein schon in diesem Punkte sofort in die Augen; dabei sind die auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht in Frankreich unter den Zahlen stehenden weißen und farbigen Mannschaften, deren Zahl über 400 000 beträgt, ganz außer Betracht gelassen.

## Bayerisches, Allzu-Bayerisches.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“, einmals ein liberales Organ, halten es jetzt für an der Zeit, eine Kanonade gegen den Einheitsstaat zu eröffnen. So sind die Anhänger des Einheitsstaats in diesem Blatte bezeichnet als 150 Jahre hinter ihrer Zeit zurück. Heute lese man überall von den Rechten der nationalen Minderheiten, dafür kämpfen in Frankreich Elsäßer und Basen, in Großbritannien die Iren, und auch im Osten sei der Kampf darüber entbrannt. Diese Argumentation verdient denn doch die allerhöchste Zurückweisung. Es ist bisher noch nicht dazugekommen, daß man das Verhältnis der Deutsch-Elsässer zu den Franzosen, und der tschechischen Iren zu den Engländern mit dem Verhältnis der Bayern zum Deutschen Reich vergleichen hat. Für nationale Minderheiten mag das Geltung haben. Aber für ein Volk gilt der Grundsatz: eine Kultur und eine Wehrpflicht. Die bayerische Stimmung gegen den Einheitsstaat ist gleichbedeutend mit der bayerischen Stimmung gegen Berlin. In dieser Beziehung ist charakteristisch eine Erklärung eines bayerischen Unterstaatssekretärs, der kürzlich in einem Bericht im bayerischen Unterstaatssekretariat verlesen worden ist. In diesem Bericht hieß es: „Ich bleibe mir noch nie in Berlin, Gott sei Dank!“ Das ist die Stimmung, aus der so viel Anhang in Bayern herovorgeht. Man kennt die Gründe nicht, die für den Einheitsstaat sprechen, aber man mißbilligt sie.

## Echardt als Politiker.

Kapitänleutnant Echardt macht wieder einmal von sich reden. Er hat kürzlich die Wehrmacht besucht und dort zu seinen Kollegen gesprochen. Nachher hat er einige Pläne, die gegenwärtig im Reichstag vorliegen, nach an Redensarten erweichlichen Menschen vorlesen kann. Echardt legte die Pläne der nationalen Kräfte, die Wehrverbände und den Einheitsstaat geistig in diesem Sinne, ganz gleich, wie er im Innern aussieht, die Kraft zu erlangen. „Was dann werden soll darüber heretische vorläufige Erwägungen.“

„Mir ist der kämpferische eingetretene Rotfrontkämpferbund lieber, als der Passivität und das Wehrverbot. Es wird noch einmal die Zeit kommen, in der die Nationalisten und die Kommunisten Schalter an Schalter kämpfen müssen.“ „Der Einheitsstaat Deutschlands wird als Zankapfel in das Volk geworfen. Ich bin bei meiner großdeutschen Einstellung ein Gegner dieses Einheitsstaats. Deutschland ist so stark und mächtig, daß es einen noch stärkeren und mächtigeren Staatsbürger nicht gebrauchen kann. Der Erfolg des Einheitsstaats wäre, daß der Reichstag eine absolute internationale Mehrheit erhält, und dafür würden wir uns bedanken.“

## Die Begnadigungen in Preußen.

Wie von jüngstberühmter preußischer Stelle bekanntgegeben worden ist, sind auf Grund der Amnestieverordnung von 1925 in Preußen im ganzen 24 032 Personen begnadigt worden. 7192 Unteroffiziere sind ganz oder teilweise niederrangigen 11 998 Gefängnis-, 373 Festungs-, 57 Haft- und 442 Geldstrafen worden völlig oder teilweise erlassen. Auf Grund der Einheitsbegnadigungen aus Anlaß des 80. Geburtsjahres des Reichspräsidenten sind bisher in Preußen mehrere tausend Gnadenakte erfolgt. Ziffernmäßig läßt sich diese Angabe noch nicht präzisieren, da die Mitteilungen der Oberstaatsanwaltschaften über die Begnadigungen erst seit Anfang November einlaufen. Es wird aber angenommen, daß bisher erst der geringere Teil der Begnadigungen bekannt geworden ist. Die Berichte laufen noch den ganzen Monat November hindurch bis in den Dezember, jedoch eine abschließende Zahl über die in Preußen erfolgten Begnadigungen erst im Laufe des Dezember mitgeteilt werden kann. In der Besprechung der preußischen Gendarmen im Reichsausschuß des Landtages hob der demokratische Abgeordnete Dr. Grzimek hervor, daß Preußen unter der Regierung der Weimarer Koalition auf dem Gebiete einer verständigen Handhabung des Gnadenweises heute in Deutschland und in Europa führend sei. Der Reichsausschuß des preußischen Landtages habe einen sündigen Amnestieausfluß, der nicht in jedem Jahre tausende von Fällen verhandelt und nachgeprüft werden. Die Einstellung des preußischen Justizministeriums, für das der Minister Dr. Schmidt verantwortlich ist, sei durchaus zu billigen. Die Haltung der Regierung fand mit Ausnahme der Kommunisten die einmütige Billigung der Parteien.

## Erhöhung der Fleischbeschaugebühren.

Zu der kürzlich erfolgten Neujustierung der Fleischbeschaugebühren, die zu Neuerungen in der Presse Veranlassung gegeben hat, wird dem Alltäglichen Preussischen Pressedienst aus dem preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten mitgeteilt:

Die bei der Schlachtvieh- und Fleischbeschau zu entrichtenden Unterungsgebühren sind seit der Währungsstabilisierung nicht mehr erhöht worden. Daher haben die Fleischbeschauer und Trichinenuntersucher dringend eine Erhöhung der Gebühren gefordert, da sie sich infolge der gegenüber der Wehrmacht erheblich niedrigeren Schlachtungspreisen und der der Wehrmacht nicht eingehenden Unterungsgebühren in großer Notlage befinden. Diese Art der Belastung der Fleischbeschauverwaltungen ist bisher unter der Weimarer Koalition der deutschen Wirtschaft abgesehen. Da aber neuerdings die Wehrbeschaffung fast gänzlich abgebrochen ist, und der Lande infolge der ungenügenden Entlohnung auf große Schwierigkeiten stößt, müssen die Beiträge endlich erhöht werden. Die Beschneidung bleiben jedoch auch nach dieser Erhöhung in ihrem Realwerte durchaus hinter den Friedenspreis zurück, sind auch heute noch geringer als es der Fleischpreissteigerung entsprechen würde. Nur bei Schlachtvieh und bei der Ergänzungsbeschau mußte eine Erhöhung der Unterungsgebühren um 100 Prozent erfolgen. Die Erweiterung der Unterungsgebührenbestimmungen, insbesondere die zwingend vorgeschriebene bakteriologische Untersuchung hat die Trichinen- und wesentlichen Mehrarbeiten und größerer Verantwortung befristet, so daß die frühere Gebühr von 3 M. in einem starken Mangelverhältnis zu den Leistungen stand.

So unerwünscht an sich die Gebührenerhöhung ist, wird bei Würdigung der Gründe die Notwendigkeit dieser Maßnahme nicht in Abrede gestellt werden können.

## Die Fürsorge für entlassene Gefangene.

Ueber die Fürsorge für entlassene Gefangene in Preußen erzählt der Alltägliche Preussische Pressedienst folgendes:

Die Fürsorge für entlassene Gefangene erfolgt in Preußen gemeinsam durch die Organe der freiwilligen und der öffentlichen Wohlfahrtsvereine. In allen größeren und mittleren Orten bestehen Gefangenenvereine, die sich in erster Linie dieser Aufgabe widmen. Die Vereine sind prinzipiell zu Zentralverbänden zusammengeschlossen, die ihrerseits einem Reichsverband angehören. Die Kosten werden teils durch Beiträge der Mitglieder, teils durch staatliche Zuschüsse aufgebracht. Neben den Vereinen betätigen sich funktionelle Organisationen, insbesondere die Innere Mission und der Caritasverband, auf diesem Gebiete, auch die sehr wirksame ist dafür tätig.

Die vorgenannten Stellen arbeiten auf der einen Seite mit den Strafverwaltungen zusammen, die ihnen auch die Gefangenen zuweisen, auf der anderen Seite mit den Wohlfahrtsämtern, denen sie wieder die Gefangenen zuweisen, die sie nicht selbst ohne weiteres unterbringen können oder bei denen eine laufende finanzielle Unterstützung notwendig wird für die Unterbringung in Arbeitsstellen werden auch die öffentlichen Arbeitsämter herangezogen.

Im Einzelnen ist die Zusammenarbeit zwischen den Fürsorgeämtern und den Wohlfahrtsämtern örtlich verschieden geregelt; an einigen Orten (so z. B. Berlin) sind enge Arbeitsgemeinschaften gebildet; vereinzelt sind von Wohlfahrtsämtern auch besondere Gefangenenfürsorge angekehrt. Eine Anzahl der oben genannten freien Organisationen unterhalten Uebergangsheime, in die solche Entlassene aufgenommen werden können, die keine andere Unterkunft haben. Zur Einrichtung dieser Heime sind meist staatliche Zuschüsse gegeben worden.

## Parteinachrichten.

### Stresemanns Abgabe nach rechts.

Angesehen früherer Wahlen.

Halle. Gelegentlich ihres Landesparteitages ließ die Deutsche Volkspartei ihren Führer Dr. Stresemann an die Öffentlichkeit sprechen. Der Wahlkandidat war bis zum letzten Platz ausverkauft. Im Saal und auch am Nebenraum und Vorplatz stand ein entgegen dem sonst bei der Deutschen Volkspartei vorherrschenden Brauch kein Schwarzweißrot. Überhaupt kein Fahnenrot. An seiner Stelle das neutrale Grün und dazu Blau-Weiß-Rot. Für den Kenner der politischen Wende in Deutschland ein deutliches Zeichen. Man trau sich in Halle noch nicht, den Außenminister des Deutschen Reiches, der zugleich Parteiführer ist, unter der Reichsflagge sprechen zu lassen. Man möchte aber auch nicht gern eine allzu enge Verbindung mit Schwarzweißrot zeigen. Echt sozialparteilich! Denn, wer weiß, wie es kommt! Die bisher erfolgten Wahlen zeigen ja einen gar zu deutlichen.

### Rud nach links.

Oder hatte vielleicht der Parteiführer selbst vorher einen Blick nach Halle gegeben? Möglich ist das. Zumal gerade Dr. Stresemann stets eine schnelle Wandlungsgabe für eine Veränderung in der politischen Auffassung gezeigt hat.

Spah macht es, die hallische Reichspresse in ihrer Berichterstattung über die Rede Stresemanns zu beobachten. Die „Allgemeine Zeitung“ hat aus ihrem Bericht alles, aber auch alles herausgelassen, was der Außenminister gegen die Deutschnationalen, gegen den Stahlhelm und überhaupt gegen die Träger einer Machtpolitik gesagt hat. Und die „Halleische Zeitung“ tritt mit fauchender Miene den Optimismus Stresemanns in der Außenpolitik. Sie glaubt nicht daran. Der Reichsaussenminister ist ein auf dem politischen Parkett geübter Mann und weiß auch als Meister der freien Rede seine Worte zu wählen. Er versteht es, mit verbindlicher Geste und ohne allzu starke Betonung scharfe Hiebe auszuheften, die aber darum umso besser sitzen. Gleich zu Anfang hat der Verrger über die Kritiker seines Kabinettsollgen Herzog in der Außenpolitik zum Ausdruck. Herzog hatte einige Tage vorher in Mainz von Enttäuschungen in der deutschen Außenpolitik gesprochen. Darauf reagierte Stresemann und meinte, solche Kritiker sollten sich doch gefälligst daran erinnern, wie es um Deutschland bei der Liquidation des Ruhrkrieges, beim Stiller-Fuß und bei dem drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch bestellt gewesen sei. Aber objektive Urteile, müsse eine vorangehende Besserung vor allem in anderer Geltung im Ausland anerkennen. Dieses Ausland bewunderte geradezu die schnelle Geländung unseres Vaterlandes. Und dann: Wer es besser zu machen versteht, der solle doch endlich einmal damit herauskommen, wie es gemacht werden sollte. (Starker Beifall). Weiter hatte Herzog in Mainz gesagt, die gegenwärtige Regierungskoalition stehe und falle mit der Annahme oder Ablehnung der Vorlage zum Reichsschulgesetz. Auch darauf reagierte Stresemann:

„Solche Drohungen machen auf mich gar keinen Eindruck“. Man solle doch nicht vergessen, daß beim Zustandekommen der letzten Regierungskoalition die Volkspartei der gerade und nicht der nehmende Teil gewesen sei. Und dann noch hinzuzufügen, daß Anzeichen für einen früheren Wahlerfolg in allen allerdings vorhanden seien, aber man müsse in Ruhe abwarten. Beim Reichsschulgesetz werde die Deutsche Volkspartei nun und nimmermehr ihre liberale Grundhülle abgeben. Für ihn bleibe an erster Stelle das Deutschland und an zweiter Stelle die Religion. (Starker Beifall). Der demnach in Braunschweig stattfindende Parteitag der Deutschen Volkspartei werde übrigens das entscheidende Wort sprechen.

Das waren, besonders wenn man die rhetorisch verbindliche Art Stresemanns kennt, recht deutliche Hiebe gegen rechts. Aber auch der Stahlhelm bekam sein Teil. Nach einer vom Bundesführer Seidte ausgesprochenen Barocke wurde der Stahlhelm neuerdings politisch werden und erklärte, daß er politisch tätig eingestuft sei. Mit heiserer Ironie meinte Stresemann, daß ein Politiker, der nur nach einer Seite blicke, sehr bald die Erfahrung







# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Streits, höhere Gewalt und Betriebsstörung enthalten den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.  
Verlag: Berlin der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 20  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 20. Fernsprecher Nr. 1277

Wochenpreis: Für die Postbezogene Ausgabe 10 Pfennig. Einzelhefte 5 Pfennig. Abbestellungspreis 0,50 Mk. Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 20.

Nummer 47

Halle (S.), 19. November 1927

3. Jahrgang

## Die Niederlage des Bürgertums

Wahl-Lehren

Alle Wahlen in Ländern und Gemeinden haben im letzten Jahre mit kleinen Abwandlungen ein ungefähr gleiches Ergebnis gehabt. Immer hat das Bürgertum, wemlich sobald man es als eine Gesamtheit auffaßt, schwerliche Einbußen erlitten. Diese Erscheinung sollte eigentlich zu denken geben. Nicht in dem Sinne, daß nur unbedingt eine Einheit herbeigeführt werden muß, die nur zur Verwirklichung der Gegenätze in Staatsaufstellung und Weltanschauung führen würde, sondern als Kritik an den politischen Arbeiten der jüngsten Vergangenheit. Man wird es nur als richtig empfinden, daß die Demokraten die Aufmerksamkeit, sich mit den Deutschnationalen auf einer Linie zu verbinden, wie es in Bremen geschah, abgelehnt haben. Ein Zusammengehen ist nur dort möglich, wo man wenigstens in den Grundrissen einigermassen zusammenkommt. Leider aber hat sich gezeigt, daß auch diese Partei des freirechtlichen Bürgertums unter der verächtlichen Erbitterung vor breiten Schichten zu leben hatte. Das liegt nicht an der Politik der Partei selbst, sondern an dem gegebenen gesellschaftlichen. Ihr Verantwortungsbewußtsein bildet keine Negation im Sinne der äußerlichen Einker, denn dazu hat sie ja lange an leitender Stelle mitgearbeitet. Auch mußte sie sich immer bewußt bleiben, daß schon der nächste Tag sie wieder in die Verantwortung zurückführt. Das schadet ihr, obwohl es sie ehrt. Wenn derartig darauf los regiert wird, wie es jetzt im Reich und in vielen Ländern der Fall ist, macht die Erbitterung nicht bei einer gemäßigten Opposition Halt, sondern sucht nach dem schärfsten Ausdruck des Unwillens. Insofern stehen wir hier vor Ereignissen, die zu unglücklich für uns nicht die Macht haben. Wir müssen auch diese Zeit über uns hinwegbrauchen lassen, in der festeren Erwartung, daß die Zeit unsere Rechtfertigung übernimmt und, was heute gegen uns wirkt, später zu unserem Vorteil ausschlägt.

### Die Reichsparteien

In einer gewissenlosen Agitation haben die Deutschnationalen aus der Not und dem Elend dieser Jahre seit Entsetzen der Republik ununterbrochen ihren Parteielob gepredigt. Niemand erlahd der Leser, aus diesen Blättern, daß es sich um die Einübung der äußerlichen Erbitterung handelt und daß der neue Staat, belastet durch einen Friedensvertrag, den er aus dem Krieg und aus dem Zerbruch im Innern, der von rechts und links mit beispielloser Geschwindigkeit geführt wurde, erst den Neuaufbau ins Werk zu setzen habe. Es war so kinderleicht, die Republik zu schmäheln und dem Spießbürger einzureden, daß sie an allem Unheil schuld sei. Die Deutschnationalen, die früher so gern die innere Gemeinschaft mit den einst herrschenden Konventionen abstritten, obwohl sie sie heimlich unterhielten, schieben alles auf die Unfähigkeit der Parteien, die im November 1918 tapfer in die Bresche getreten waren und das Reich vor dem Untergang bewahrt hatten. Deshalb war es gut, daß sie einmal selbst zur Regierung berufen wurden. Sie konnten zeigen, was sie zu leisten imstande waren. Nichts, lautet die Antwort. Noch weniger als nichts. Knapp ein Jahr reichte aus, um neue Sünden zu schaffen. Nur zwei Gesetze wurden wirklich verabschiedet. Der Finanzausgleich, der in sich bereits wieder brüchig ist, und das Republik-Schutzgesetz, auf dessen Verlangung Graf Westarp vermutlich nicht sonderlich stolz sein wird, richtete sich doch gegen seine eigene Partei. Sonst aber ist alles liegen geblieben und die drei großen Aufgaben harrten noch der Lösung, ohne daß jemand sagen kann, wann sie erledigt sind. Das haben auch die Wähler gespürt. Und so folgte eine Kette von Niederlagen. In Thüringen, in beiden Mecklenburgs und jetzt in Bremen und Hessen. In diesen letzteren Freistaat ist der Stimmenrückgang allgemein, aber die Deutschnationalen haben den größten zu verzeichnen. Das ist ein Menetekel.

### Die deutsche Volkspartei

In den Kreisen der deutschen Volkspartei hat man noch vor wenigen Wochen angenommen, daß man selbst von dem Sturz nach links verschont bleiben würde. Gelegentlich hörte man sogar Äußerungen, die von Mandatsergebnissen sprachen. Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Auch

hier ist ein Abwärts zu verzeichnen. Man hat weder von den Deutschnationalen, noch von den Demokraten an Stimmen gewonnen. Sollte es trotzdem irgendwo gelungen sein, so hat man eben weit mehr abgeben müssen. Entweder an die Sozialdemokraten, oder an die Splitterparteien, oder, was im Sinne der allgemeinen Politik noch weit bedenklicher ist, an das Riesenheer der Nichtwähler. An der Außenpolitik liegt es nicht. Sie hat Stresemann so geführt, wie es unter den Umständen überhaupt möglich war. Man darf ihm befehlen, daß er das Erbe Walter Rathenaus gut verwaltet hat. Also müssen andere Gründe dafür maßgebend gewesen sein, und sie können nur in der inneren Politik gesucht werden. Auch nicht in der Wirtschaftspolitik, die sich im allgemeinen auf sehr verständiger Linie hielt. Stresemann und Curtius haben sich mit dankenswerter Entschlossenheit für die Anschauungen der Weltwirtschaftskonferenz, also für den Abbau der Zölle eingesetzt und dem ständigen Verlangen der Syndikate nach Preiserhöhung, so noch zuletzt bei der Kohle, entgegengestellt. Nur die innere Politik kann die Wähler entfremdet haben. Und das ist auch in der Tat der Fall. Man hat vom Liberalismus sehr viel gesprochen, aber ihn nicht mit Kennern zu zeigen gewußt, als die Stunde der Entscheidung schlug. Die Haltung beim Schulgesetz ist bedenklich gewesen, auch wenn wir noch die Hoffnung haben, und gute Gründe veranlassen uns dazu, daß in Braunschweig am 21. ein scharfer Ton gegen den Neubesslichen Entwurf angeschlagen wird. Was die Partei belächelt, ist ihre Unentschlossenheit. Sie mußte es wagen, die Koalition zu sprengen, um die Auslieferung der deutschen Jugend an die kirchliche und politische Reaktion zu verhindern. Dazu war die enge Fühlungnahme mit den Demokraten selbstverständlich, die ist unterblieben. Dr. Stresemann hat nicht die Entschlossenheit gehabt, das als richtig Erkannte auch in die Wirklichkeit zu übertragen. Halbheiten rächen sich immer.

### Die Kommunisten

Solange die Kabinette der Mitte regierten, waren die Kommunisten in rückwärtiger Bewegung begriffen. Die Vorgänge in Rußland mußten die Verteidigen in ihren Reihen abstoßen und haben es auch getan. Sobald aber Herr Marx an die Spitze einer Regierung mit den Deutschnationalen trat, haben die Sowjetagenten ihren Tiefpunkt sofort überschritten. Selbst die Sozialdemokraten haben sich nicht überall als Damm gegen sie erwiesen. Darin liegt kein Vorwurf. Eine solche Regiererei, wie wir sie jetzt erleben, stürzt immer den Radikalismus. Jede gemäßigte Agitation wird von der scharferen überannt. So ergab es den Demokraten, den Sozialdemokraten gegenüber, so den Sozialdemokraten im Wettbewerb mit den Kommunisten. Selbstverständlich weiß die Reichspresse auf diese Erscheinung hin, um sie in ihrem Sinne zu nützen. Man sei es Pflicht des Bürgertums, sich gegen die rote Gefahr zusammenzuschließen. In Wirklichkeit würde das einen glatten Sieg der äußersten Linken bei den nächsten Wahlen retten will, kann nur tapfer seinen Mittelkurs halten, in eine Hand, die sich uns etwa entgegenreden möchte, einschlagen. Wir brauchen eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit der republikanischen, also der in Wahrheit haarschneidenden Parteien. Dann, aber auch nur dann, wird die Konjunkturdrama Deutschlands wieder einsehen und erfolgreich fortschreiten.

### Die Splitterparteien

Man hat in Weimar geglaubt, durch die Bestimmung, daß eine Partei nur zwei Mandate auf der Reichsliste bekommen kann, als sie in Einzelwahlkreisen erobert hat, gegen die Gefahr der Zerstückelung geschützt zu sein. Diese Rechnung hat sich als falsch erwiesen. Die kleinen Sondergruppen haben sich überall durchgesetzt und es wirkt gerade so förmlich, was für Listen entstanden sind. Alle möglichen Berufsweige haben sich zusammengeschlossen und Mandate erzielt. Am tollsten ist das in Danzig getrieben worden. In einer obersächsischen Stadt haben sich für die kommenden Kommunalwahlen sogar die väter kinderreicher Familien zusammengesetzt. Bekannt wird Unfsun. So geht es auf keinen Fall. Auch der Zusammenschluß der Mitte würde das Uebel zwar mildern, aber nicht beseitigen. Das Wahl-

gesetz muß eben geändert werden. Zunächst ist es unbedingt notwendig, die für ein Mandat erforderlichen Stimmen von 60 000 auf 80 000 heranzuführen. Der Reichstag muß seiner 492 Mitglieder ist an sich viel zu groß. Es würde gar nichts schaden, wenn die Zahl der Volksvertreter am festig oder festig geringer würde. Sobann muß man auf den Entwurf von Ritz zurückgehen, der die Wahlkreise verkleinerte. Nur dann werden die Sondergruppen ihren Weg zu den Parteien zurückfinden. Ihr ganzes Verhalten ist im übrigen verfassungswidrig, denn sie sollen ja nicht Vertreter einzelner Berufsstände oder Klassen, sondern des ganzen deutschen Volkes sein. Leider aber der nächste wenig Ausichten, daß dieser Reichstag oder der nächste seine Pflichten erkennt. Niemand sagt gegen den Akt ab, auf dem man sitzt. Deshalb muß die Öffentlichkeit immer lauter und deutlicher die Forderung, die Wahlreform herbeizuführen.

### Aufklärung

Man hat in den leitenden Kreisen den Wunsch geäußert, die Reichstagswahlen wenigstens solange hinauszuschieben, bis im Mai die französischen Kammerwahlen stattgefunden haben. Eine gewisse Berechtigung hat das schon, da es sich um die Wahl der Reichstagskommission handelt, die die Reichstagswahlen vorbereiten soll. Wenn aber die deutschen Wahlen, wie wir mit Sicherheit annehmen, einen erheblichen Aufschwung nach links zur Folge haben und damit die Politik der Reichsregierung kräftig unterbrechen, so wird diese unheilvolle Wirkung mehr als aufgehoben. Die innere Politik erfordert ebenfalls, daß der Reichstag sobald als möglich verabschiedet. Er spiegelt heute die allgemeine Stimmung nicht mehr wieder. Ueberträgt man die Wahlen in Bremen, Hamburg, Hessen, Thüringen usw. auf das Reich, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die jetzige Mehrheit in eine Minderheit verwandelt wird. Es ist dabei noch nicht klar, welche eine Regierungsbildung möglich sein wird. Die Weimarer Koalition kann, obwohl sie gestärkt zurückkehren wird. Aber sie hängt dann von dem Wohlwollen der Kommunisten ab, was sich in Bremen nicht gerade bewährt hat. Auch werden uns die Splitterparteien Sorge bereiten. Wahrscheinlich wird die Große Koalition das Ergebnis sein. Auch in den Kreisen der deutschen Volkspartei ist man schon dieser Ansicht, zumal das Zentrum ganz offensichtlich auf die gleiche Kombination hinarbeitet. Damit aber wäre eine feste Grundvorlage gegeben.

colorchecker CLASSIC

Man kann, auch in der Dürre, man muß nicht, die ita- den Ko- bes uns befreun- abhalten. Ihre Co- die do- der vor- haupt- über- geicht- weite- Demo- lade, daß beide S- stündung läßt si- und R- ame Kal- alle Be- che gegen Wege zum r als die Sonder- ober hat sehr vor- gelehnet. Selbst Herr von Freitag-Lorringhoven ahnt, daß wir uns auf diesem Wege befinden und mißbilligt das nicht einmal. Am deutlichsten wurde der vreußische Ministerpräsident. Noch glaubt das Zentrum, aber schon mehrten sich in seinen eigenen Reihen die Stimmen. Es kommt der Tag. Richard Wa.

## Die Werbearbeit

für die Deutsche Demokratische Partei muß jetzt wieder aufgenommen werden. — Jeder Demokrat ist zur Mitarbeit verpflichtet.